



# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 24. FEBRUAR 2022



## GÜNGÖR: „GUT UND RICHTIG, DASS KLARE PERSPEKTIVEN GESCHAFFEN WERDEN“

**Die Bürgerschaft hat heute nach einer Regierungserklärung von Bürgermeister Andreas Bovenschulte über die stufenweise Rücknahme der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie diskutiert, die Bundeskanzler und Ministerpräsident:innen in der vergangenen Woche beschlossen hatten. „Es ist gut und richtig, dass damit klare Perspektiven geschaffen werden – für jeden einzelnen von uns, für die Gesellschaft, für die Wirtschaft. Denn damit wird auch größtmögliche Planungssicherheit geschaffen“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, in seiner Rede – und kritisierte darin auch die CDU. Was diese in den vergangenen Wochen zum Thema Impfpflicht geäußert habe, sei „an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten“.**

„Die Infektionsschutzmaßnahmen werden bis zum 20. März verantwortungsbewusst und kontrolliert zurückgefahren, in Bereichen von überregionaler oder grundsätzlicher Bedeutung wurden Öffnungen in drei Schritten vereinbart. Vor jedem Schritt wird überprüft, ob die geplanten Maßnahmen der Lage angemessen sind“, fasste Güngör den Beschluss noch einmal zusammen. „Ich finde, es ist ein durchdachtes und verantwortungsvolles Vorgehen, das die nun vor uns liegende Wegstrecke bestimmen wird – unter dem Vorbehalt, dass es keine unerwarteten Rückschläge gibt.“ Güngör sprach sich dabei auch für die schrittweise Abschaffung der Maskenpflicht in den Schulen aus. „Es ist für uns selbstverständlich, dass die Lockerungen in der Gesellschaft, die ab März gelten, nicht an Kita und Schule vorbeigehen“, sagte er. „Das sind wir den jungen Menschen, die es schwer genug hatten, schuldig!“

Güngör begrüßte die Ankündigung des Bürgermeisters, dass von der Pandemie besonders betroffene Branchen, denen nun mit den Öffnungsschritten geholfen werde, zusätzliche Unterstützung vonseiten des Landes erfahren sollten. „Ein Programm für die Veranstaltungswirtschaft und Schausteller, die Entlastung der Gastronomie bei den Sondernutzungsgebühren und weitere Hilfe für die Kulturschaffenden: Auch das wird den Betroffenen in Bremen und Bremerhaven helfen!“ betonte der Sozialdemokrat.

Die Bezeichnung „Freedom Day“ hält Güngör in der Diskussion jedoch für grundsätzlich falsch. „Es geht um verantwortungsvolle, abgewogene, vorausschauende Politik. Es geht immer noch um die Gesundheit von Menschen, immer noch um den Umgang mit Leben und Tod, um die Würde von Älteren, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen. Wir spüren als SPD-Fraktion unseren Teil der Verantwortung – und wir machen es uns nicht leicht“, sagte er und ergänzte: „Ja, es geht auch um die Zurückerlangung von Freiheit des Einzelnen, über die wir heute sprechen – aber nicht leichtfertig; nicht aus verführerischer Effekthascherei. Sondern in Zusammenhang, Gleichklang und Ausgewogenheit von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“

Das Impfen, so betonte der Sozialdemokrat, bleibe dabei auch in Zukunft ein entscheidender Faktor. Trotz der hohen Impfquote im Land Bremen seien immer noch zu wenig Menschen in Deutschland geimpft, der Schutz vor schweren Verläufen sei insgesamt noch zu niedrig. „Und deswegen müssen wir beim Impfen dranhängen – mit ehrlicher Überzeugungskraft, mit niedrigschwelligen Angeboten in den Stadtteilen – und auch mit der Einführung einer Impfpflicht, wie wir dies bekanntlich als erste sozialdemokratische Fraktion im Herbst bundesweit eingefordert hatten.“

In diesem Zusammenhang kritisierte Güngör die CDU scharf. „Dass ausgerechnet diejenigen, die sich zuerst als die größten Befürworter einer Impfpflicht aufgespielt haben, dann plötzlich auf eine Aussetzung derselben drängen – das ist pure Heuchelei! Und zwar auch und gerade hier in Bremen, wo Sie immer und überall nach Führung, Positionierung und Orientierung geschrien haben – und genau diese jetzt selber komplett vermissen lassen!



Foto: Bremische Bürgerschaft

Ihr Weg ist ein Zickzackkurs; ein Totalausfall; ein durchsichtiges Manöver, um Stimmung zu machen. Und deshalb sage ich: Diese Verunsicherung, die Sie bei den Bürger:innen erzeugen, verdienen die Menschen einfach nicht“ wurde er in Richtung CDU deutlich und forderte: „Sie können jetzt im Bundestag dafür sorgen, dass die allgemeine Impfpflicht kommt. Sie fordern immer Klarheit, dann müssen Sie aber auch selbst einmal klar aufgestellt sein!“

Zum Ende seiner Rede wagte Güngör noch einen Ausblick in die Zukunft. „Die Welt wird nach Corona nicht mehr so sein, wie sie vorher war – ganz davon abgesehen, was vielleicht noch kommen mag. Und deswegen müssen wir aus dem lernen, was wir jetzt erlebt haben – und was für die Zukunft prägend sein wird. Es gilt: Wenn wir über den Berg sind, beginnen die Mühen der Ebene“, sagte er. Die Corona-Pandemie habe soziale Problemlagen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien, massiv verschärft. Die rot-grün-rote Koalition habe früh auf diese Entwicklung reagiert, und es sei immer das oberste Ziel gewesen, auf allen Feldern der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien das Angebot aufrecht zu erhalten – seien es Kita, Schule, Kinder- und Jugendhilfe oder offene Jugendarbeit. Güngör: „Wir übernehmen damit Verantwortung für unsere Kinder und Familien – und stärken und stützen sie in der Phase des Aufholens, Nachholens und auch des Kompensierens! Aber die Arbeit geht jetzt erst richtig los. Es ist unsere Pflicht, für mehr Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und für mehr Teilhabe zu sorgen. Unser Landesprogramm ‚Bewegung im Quartier‘ oder die geplante FamilienCard werden dazu einzelne, aber eben wichtige Bausteine sein.“

Zum Abschluss äußerte Güngör noch seine Hoffnung, dass Debatten wie die am heutigen Tag nun bald der Vergangenheit angehören könnten. „Wenn es so läuft, wie wir alle hoffen und wünschen, ist dies eine der letzten Aussprachen zu Corona im Rahmen einer Regierungserklärung für längere Zeit“, sagte er. „Denn dann ist die bevorstehende Wegstrecke so gelaufen, wie sie heute von Expert:innen eingeschätzt wird – und wie wir heute besprochen haben, mit dieser umzugehen. Dann sind wir erstmal über den Berg; hoffentlich – und trotz aller Stolpersteine.“

## ANTRAG GROTHEER: WIR STEHEN AN DER SEITE DER UKRAINE

Der Angriff Russlands auf die Ukraine spielte heute auch eine wichtige Rolle bei der Debatte zu einem Antrag zur Situation in Belarus. Nach der Beratung im zuständigen Ausschuss und einer Änderung der rot-grün-roten Koalition stimmte die Bürgerschaft heute dem ursprünglich von der CDU eingebrachten Antrag zu, der das diktatorische Regime in Belarus und dessen Umgang mit Flüchtlingen scharf verurteilt. Antje Grotheer, Sprecherin für Europa der SPD-Fraktion, nutzte ihre Rede aber auch für Grundsätzliches – und deutliche Worte zur Situation in der Ukraine.

„Die große Aufgabe dieses Jahrhunderts wird nicht nur die Klimakrise sein, sondern

auch der Erhalt der Demokratie, denn sie steht weltweit unter Druck – auch in Europa“, mahnte die Sozialdemokratin und fand nachdrückliche Worte zu den Ereignissen des heutigen Tages.



Antje Grotheer

„Ich bin Demokrat, meine Waffe ist das Wort, und ich will lieber reden als kämpfen“, sagte Grotheer. „Ich stelle heute aber fest, dass wir uns an die Seite derer stellen müssen, die um ihr Leben kämpfen.“

Grotheer nannte Sanktionen gegen Russland richtig und forderte, diese konsequent durchzuhalten. „Ich habe wie viele andere diese Entwicklung befürchtet, aber nicht ernsthaft für möglich gehalten“, sagte sie. „Umso wichtiger ist es, dass wir nun international zusammenstehen, dass wir alles tun, was wir können, um der Ukraine – und auch Belarus, für das dieser Antrag ursprünglich einmal gedacht war – beizustehen. Und dass wir auch immer wieder klar und öffentlich deutlich machen, dass wir an ihrer Seite stehen. In dieser Frage, das hat zum Beispiel eine gemeinsame Veranstaltung gezeigt, stehen wir Fraktionen in der Bürgerschaft geschlossen zusammen.“

## ANTRAG FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR KLEINERE MUSIKCLUBS

Musikclubs spielen eine bedeutende Rolle in der Bremer Kulturlandschaft. Doch werden viele dieser Veranstaltungsstätten privat oder von Vereinen betrieben und finanzieren ihr Programm oft durch ihre gastronomische Tätigkeit. Im Rahmen der Kulturpolitik werden sie häufig nicht strukturell gefördert. Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition die Auflage eines Bühnenbudgets beschlossen. Damit sollen die Clubs nach transparenten Kriterien gefördert werden.



Volker Stahmann

Grundlage für die Bemessung

der Förderung sollen dabei die GEMA-Gebühren sein. Dadurch, so sieht es der koalitionsantrag vor, wird sichergestellt, dass sich die Ausschüttung an der den tatsächlich veranstalteten Konzerten oder DJ-Auftritten orientiert. GEMA-freie Auftritte sollen in gleichem Maße berücksichtigt werden. Eine Mindestanzahl von Musikveranstaltungen ist dabei eine Voraussetzung für die Förderung. Bremen orientiert sich dabei an Hamburg, das ein ähnliches Modell seit mehr als zehn Jahren erfolgreich umsetzt.

„Durch diese konkret vorgeschlagenen Förderkriterien und die Anbindung an die GEMA-Gebühren ist eine zielgerichtete Förderung sichergestellt“, betonte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, heute in seiner

Rede – und zeigte sich insgesamt von der Notwendigkeit einer solchen Förderung überzeugt. „Unser Antrag zur Erarbeitung eines Unterstützungskonzeptes durch den Senat ist eine sinnvolle Investition in die Veranstaltungsbranche“, sagte er. „Das Budget richtet sich zielgerichtet an kleinere Musikclubs und Musikstätten bis maximal 500 Plätzen – und das ist absolut richtig. Denn diese steigern die Attraktivität unserer beiden Städte und geben gerade jungen Kultur- und Musikschaffenden eine Chance. Ohne eine finanzielle Unterstützung wäre genau dies den kleineren Clubs betriebswirtschaftlich aber vielfach nicht möglich.“

>Antrag: Einführung eines Bremer-Bühnen-Budgets für Live-Spielstätten und Musikclubs  
<http://bit.ly/buehnenbudget>

## ANTRAG LEHRER:INNENVERSORGUNG WEITER VERBESSERN

Die Lehrer:innenversorgung an den Schulen in Bremen und Bremerhaven soll verbessert werden. Dazu sieht ein Antrag der rot-grün-roten Koalition ein Bündel von Maßnahmen vor, dass unter anderem umfasst, eine Personalbedarfsprognose bis mindestens zum Jahr 2028 – sowohl für unterrichtendes wie für nicht-unterrichtendes Personal – zu erstellen und dabei auch Maßnahmen vorzustellen, wie sich eventuell auftretende Lücken zwischen Bedarfen und Ausbildungskapazitäten ausgleichen lassen.



Gönül Bredehorst

„Wir alle hier in der Bürgerschaft sind uns in unserem Ziel wohl einig: Wir wollen die Lehrer:innenversorgung in

Bremen und Bremerhaven verbessern“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, in ihrer Rede. „Dafür haben wir bereits viele Anstrengungen unternommen, aber die ergriffenen Maßnahmen reichen vermutlich nicht aus. Deswegen müssen wir – wie es unser Antrag vorsieht – in die Planung kommen. Denn wir brauchen verlässliche Zahlen, um zu sehen, welche Maßnahmen wir noch verstärken müssen, um eventuelle Lücken zu schließen, aber auch, wie wir die ungleiche Personalverteilung zwischen Bremen und Bremerhaven einerseits, andererseits aber auch zwischen den Stadtteilen in Bremen ausgleichen können.“

Dafür, so betonte die Sozialdemokratin, sei auch die Hilfe der Bundesregierung nötig. Diese sei mit einer Ausbildungsinitiative angekündigt – und diese Initiative müsse nun auch schnell kommen, denn ein Wettbewerb, bei dem sich die Bundesländer

gegenseitig die Lehrkräfte abjagten, sei nicht zielführend.

Bredehorst betonte zudem, dass es für die Personalplanung bereits ein Instrument gebe. „Wir haben 2016 die Landeszuweisungsrichtlinie eingeführt. Mit diesem Instrument stellen wir sicher, dass bei steigenden Schülerzahlen auch die Zahl der Pädagog:innen steigt“, sagte sie. „Klar ist aber auch: Unsere Anstrengungen müssen weitergehen, weil die Herausforderungen in den vergangenen Jahren gewachsen sind. Wir wollen zum Beispiel Doppelbesetzungen, eine Weiterentwicklung der Inklusion oder kleinere Klassen. Dafür brauchen wir Lehrer:innen und andere pädagogische Kräfte. Und mit unserem heutigen Antrag ergreifen wir die richtigen Maßnahmen, um die Personalversorgung mittelfristig sicherzustellen.“

## FRAGESTUNDE **STACHELHALSBÄNDER** BEI POLIZEIHUNDEN

Bis zum 31. Dezember 2021 wurden sie als Mittel eingesetzt, Diensthunde der Polizei im Einsatz und während der Ausbildung zu kontrollieren – die Rede ist von Stachelhalsbändern. Mit dem 1. Januar 2022 trat nun jedoch eine neue Tierschutz-Hundeverordnung in Kraft, die den Einsatz derartiger Hilfsmittel untersagt. Nach den direkten Auswirkungen auf die bremische Polizei hat sich während der heutigen Fragestunde der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, erkundigt. Wie wird die Rechtslage umgesetzt und was passiert mit den bis zum 31. Dezember 2021 als Einsatzmittel eingesetzten Hunden? Welche Auswirkungen sieht der Senat und gibt es Absprachen mit anderen Ländern bezüglich einer gemeinsamen Hundeausbildung?

In Anbetracht der neuen Rechtslage habe der Senator für Inneres angewiesen, das Diensthundewesen im Lande Bremen



Kevin Lenkeit

zukünftig ohne den Einsatz dieser Halsbänder zu gewährleisten und zugleich eine konzeptionelle Anpassung des Diensthundewesens beauftragt, um die Aus- und Fortbildung der Diensthunde



Foto: Polymath38/wikimedia

grundlegend zu verändern, berichtete Innenstaatsrat Olaf Bull für den Senat. „Bis zur Umsetzung eines neuen Ausbildungskonzepts können die sogenannten Bestandshunde der Polizeien im Lande Bremen in ihrer Eigenschaft als Schutzhund nur noch bedingt eingesetzt werden. Demnach werden die Diensthunde in Einsatzlagen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen, in denen die Triebblage und das Stresslevel der Tiere sehr hoch sind und diese auf Hörzeichen kaum reagieren, zukünftig nicht mehr als Schutzhund eingesetzt werden, was auch unter Tierschutzgesichtspunkten notwendig ist“, so Bull weiter. Dies erfordert jedoch einen Mehrbedarf an Polizist:innen zur Kompensation.

Spürhunde seien jedoch nicht betroffen. „Der Senator für Inneres hat eine kon-

zeptionelle Anpassung des Diensthundewesens beauftragt, um die Aus- und Fortbildung der Diensthunde grundlegend zu verändern“, fuhr der Staatsrat fort, und betonte den hohen Einsatzwert von Schutzhunden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, „wie etwa beim Einsatz gegen gewaltbereite Anhänger rivalisierender Fußballvereine“. Hinsichtlich alternativer Aus- und Fortbildungskonzepte strebe man eine enge Abstimmung und Kooperation zwischen den Diensthundeführenden Stellen in Deutschland an. Auf Nachfrage beteuerte der Staatsrat, dass aktuell kein Zeithorizont für einen Lösungsvorschlag vorliege. Man wolle sich eng mit Nordrhein-Westfalen abstimmen und betrachte zudem Ansätze der Hundeausbildung in Rheinland-Pfalz und Österreich.

## FRAGESTUNDE **IMPFFSTATUS** BEI JOHNSON&JOHNSON

Der Corona-Impfstoff von Johnson&Johnson muss im Gegensatz zu anderen Präparaten nur ein einziges Mal verimpft werden, um einen vollen Impfschutz zu erhalten. Doch Ende 2021 wurde klar: Die Wirksamkeit des Johnson&Johnson-Impfstoffes bleibt weit hinter den Alternativen zurück, und Personen, die den Impfstoff erhalten haben, verloren zeitweise sogar ihren Impfstatus. Aus diesem Grund hat Ute Reimers-Bruns, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, beim Senat nachgefragt, wie viele Menschen in Bremen mit Johnson&Johnson geimpft wurden, wie der Senat bei den oben genannten Personen bekannt machen will, dass weitere Impfungen nötig seien und wie der Senat sicherstellt, dass diese besonders schutzbedürftigen Personen trotzdem am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Insgesamt habe man in Bremen knapp über 48.000 Impfungen mit dem Impfstoff Janssen (Janssen Cilag/Johnson&John-

son) durchgeführt, antwortete der Senat schriftlich. „Gezielt für die Impfung mit dem Impfstoff von Johnson&Johnson wurden Seeleute in den Bremischen Häfen angesprochen, weil eine Wiedervorstellung zur Vervollständigung einer Grundimmunisierung mittels mRNA-Impfstoff nicht sichergestellt werden konnte. Zusätzlich wurden auch Obdachlosen und Personen in Geflüchtetenunterkünften dieser Impfstoff mit angeboten“. Hier sei die Wahl nach ärztlicher Aufklärung jedoch auch oft auf einen mRNA-Impfstoff gefallen – die Befürchtung, dass diese nicht ortsfesten Personengruppen einer zweiten Immunisierung nicht zur Verfügung stünden, habe sich nicht bewahrheitet. Die Aufklärung über die Impfangebote erfolge seit Beginn der Bremer Impfkampagne auch über Erstaufnahmestellen, Obdachlosenunterkünfte, die Bremer Tafel und weitere Akteure und Institutionen. Mobile Impfteams seien jede Woche in den entsprechenden Einrichtungen präsent und führten dort Erst-,

Zweit- und Auffrischungsimpfungen durch. Zudem spreche man diese Personengruppen auch über Gesundheitsmediatoren, Gesundheitsfachkräfte, Quartiersmanager, Streetworker und weitere Sozialkräfte an. „Die Rückmeldungen aus den Einrichtungen legen nahe, dass in diesen Bevölkerungsgruppen eine sehr gute Vernetzung existiert und unsere Impfangebote umfassend in Anspruch genommen werden. Personen, die durch die neue Impfstatusregelung kurzfristig ihren Impfstatus eingebüßt haben, können sich in den Bremer Impfstellen, Impftucks und durch mobile Impfteams mit einem Impfstoff ihrer Wahl impfen lassen und somit wieder den vollen Impfstatus erlangen“, so der Senat.



Ute Reimers-Bruns